

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1920 Nr. 215 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 213

Bezugspreis: für diese und auswärts bezogen monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18,00 für Haus, durch die Post bezogen halbjährlich Mk. 32,00, jährlich Mk. 60,00. **Verkaufspreis:** 20 Pf. **Abonnement:** 12 Monate Mk. 60,00, 6 Monate Mk. 32,00, 3 Monate Mk. 18,00. **Einzelhefte:** 20 Pf. **Abdruck:** 10 Pf. **Werbung:** 10 Pf. **Redaktion:** Halle, S. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. **Druck:** 1000 Exemplare. **Verlag:** Halle, S. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 26. Mai

Anzeigenpreis: Die Spalte 30 mal breit mit 10 Zeilen 100 Pf. Die Spalte 20 mal breit mit 10 Zeilen 80 Pf. Die Spalte 10 mal breit mit 10 Zeilen 60 Pf. Die Spalte 5 mal breit mit 10 Zeilen 40 Pf. Die Spalte 3 mal breit mit 10 Zeilen 30 Pf. Die Spalte 2 mal breit mit 10 Zeilen 20 Pf. Die Spalte 1 mal breit mit 10 Zeilen 10 Pf. **Geschäftliche Briefe:** Verlangen Str. 20, Grundriss Amt Kurfürst Nr. 12990. **Eigentümer:** Carl Schölerer. **Verlag:** und Druck von Otto Hilde, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

* Wilson hat den Kongress erfußt, die Vereinigten Staaten zu erwidern, daß sie das Mandat für Armenien annehmen.
* Die französisch-belgische Sachverständigenkommission für die Lugemburgischen Bahnen wird in dieser Woche in Brüssel zusammentreten.
* In Polen sollen infolge der ungenügenden Nachrichten von der Ostfront Nr. 1000 ausgesprochen sein.
* Britische Truppen haben die Nordgrenze der Türkei, die Schanaberglinie besetzt.

Die ärztliche „Vertragsperre“

B. Berlin, 25. Mai.
Mit dem heutigen Tage, mittags 12 Uhr, befindet sich die ärztliche Berufschaft, soweit sie für die Krankenkassen tätig ist, im offiziell heißt, nach der Weisung der Reichsiger Zentrale, im vertragslosen Zustand. Eine Ausnahme bildet allerdings Groß-Berlin, wo den Ärzteorganisationen seitens des Reichsiger Hauptverbandes für die Verhandlungen mit dem Krankenkassen-Verband freie Hand gelassen worden ist; die Verhandlungen haben hier, wie mehrfach berichtet, einen Verlauf genommen, der eine Verständigung — im wesentlichen nach den Wünschen der Ärzte — nicht als ausgeschlossen erscheinen läßt.
Der Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen erhielt noch am 23. Mai, also kurz vor dem Eintritt des vertragslosen Zustandes, vom Arbeitsministerium ein Telegramm folgenden Inhalts:
„Herrnbesuche fordern das Hinschieben des vertragslosen Zustandes um acht bis zehn Tage. Wunsch erfüllt.“
Hierauf hat der Ärzteverband sofort telegraphisch folgende Antwort gegeben:
„Hinschieben des vertragslosen Zustandes schon aus beruflichen Gründen nicht möglich. Wunsch der Kassen nicht erfüllbar, weil die Verhandlungen schon abgeschlossen sind. Einigungsbehandlung nach unter miteilteiler Voraussetzung jederzeit stattfinden. Als Voraussetzung gelten folgende Bedingungen: 1. Der Vorbesitz des Schiedsgerichts ist nicht vom Arbeitsminister zu ernennen, sondern soll von beiden Parteien gemäß werden; 2. das Schiedsgericht hat eine gebührende Marktquote zu entscheiden.“
Nach dem „Vor-Abg.“ sind die Erwägungen, wer den Vorbesitz der Schiedsgerichtsverhandlungen führen soll, noch nicht abgeschlossen. Seitens der Kasse wird auf bestimmte Personen der Kasse geneigt, die aus ihrer früheren amtlichen Tätigkeit als am fünf große Organisation in Deutschland — haben sich aber bis jetzt noch nicht zu dem Schiedsgerichtsausschuss des Arbeitsministeriums geäußert. Infolgedessen haben die Ärzte ein Hinschieben der Vertragsperre abgelehnt.
Das Arbeitsministerium hatte in Voraussicht dieses Zustandes ursprünglich eine Art Notverordnung eingebracht, welche die Fortsetzung der verpflichtenden Kassenmitglieder und ihre Beziehungen zu den Kassen regelt. Jetzt, nachdem diese ist die Verordnung im Grunde der Zeit nicht mehr zur Verhandlung im Reichstag gekommen.

h. Berlin, 25. Mai.

Die Ärztevereine des Industriebezirks trafen in den letzten Besprechungen, in denen sie darauf hinwiesen, daß die Verhandlungen zwischen den Ärztevereinen und den Krankenkassen von diesen abgebrochen seien, worauf die Reichsiger Zentralorganisation sofort Gegenmaßnahmen beschloß. Von heute mittags 12 Uhr ab werden sämtliche Krankenkassen zu den bestehenden Sätzen der Privatpraxis gegen Verrechnung behandelt. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbanden Anknüpfungsbereich schieben noch.

Vom Bolschewistenkrieg

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Paris, 25. Mai.

Ein Moskauer Funkpost meldet: Die rote Armee hat erfolgreich bei Politik die Duna überschritten. Die Polen werden zum Rückzug gezwungen. Ein anderer Moskauer Funkpost meldet: In der Gegend von Orda haben unsere von unserer Division unterführten Truppen die Stadt Orskan genommen. Weiter südlich des Dniepr-Gewässers in der Gegend von Karschik, südlich von Kiew, haben wir die Stadt Krasnodar. In der Gegend von Krasnodar sind wir auf dem Dniepr, die 28 Kilometer südlich der Station Krasnodar liegen, angekommen. Ein anderer Moskauer

dauert der Kampf in der Richtung der rumänischen Grenze unter für uns günstigen Bedingungen fort.

Die politische Presseagentur berichtet, daß eine entscheidende Schlacht zwischen der polnischen Hauptarmee und bolschewistischen Streitkräften nördlich der Wersina im Gange ist. 25.000 Mann sind an den Kämpfen beteiligt, die seit drei Tagen mit wechselndem Erfolg und großer Erbitterung geführt werden.

Nach einer Meldung des „Reit Journal“ erklärte Milorad in der Kammer, man tue Unrecht, wenn man sage, die polnische Offensive sei zum Zaune gebrochen. In Wirklichkeit handle es sich nicht um eine Offensive der Polen, vielmehr habe die bolschewistisch-russische Armee einen großen strategischen Vorstoß gegen die polnische Grenze Ende Mai geplant, dem der polnische Generalstab durch eigene Initiative zuvorkam, um den drohenden Einbruch der Sowjettruppen zu verhindern. Der polnische Angriff habe die Absicht der Bolschewisten tatsächlich vereitelt.

Um die Saargebietsgrenze

c. Saarbrücken, 25. Mai.

Die ausländischen Angehörigen der deutschen Delegation der Grenzregulierungskommission erhielten aus Berlin die Anweisung, in Saarbrücken zu bleiben, denn scheint eine Verständigung heraufzuziehen. Der Leiter der Delegation für das Saargebiet Graf Hatzfeldt ist wegen ersten Weimarer Versprechens mit Mitgliedern der Regierungskolon zurückgetreten.

Hilfe für Deutschland

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. London, 25. Mai.

In den „Daily News“ tritt Gardner anlässlich seiner am Ort und Stelle vorgenommenen Untersuchung über Deutschlands Lage für einen Wechsel der Regierung unter den Alliierten Deutschlands gegenüber ein, wie es in Berlin selbst gewünscht wird. Er erklärt, Deutschland werde, wenn die Verhandlungen in Genè nicht dem inneren Verfall einen Abweg vorziehen, sondern zum Scheitern werden, dessen Konsequenzen die ganze Welt beziffern würde. Kredite an Lebensmitteln, sowie Transporterleichterungen für Deutschland sei ein Gebot der Stunde.

Neuorganisation des Reichswehrministeriums

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Berlin, 25. Mai.

Am 1. Juni d. J. tritt, wie der „Abend“ erzählt, eine Neuorganisation des Reichswehrministeriums in Kraft. Dem Minister unmittelbar unterstellt ist ein Adjutant, die Nachrichtenstelle und ein Hauptmann. Im übrigen wird das Ministerium in drei Gruppen geteilt, an deren Spitze für das Heer der Chef der Seereschießung und der Generalquartiermeister, für die Marine der Chef der Admiralität stehen. Mit der Führung der Geschäfte des Heeres der Seereschießung ist der Generalmajor von Seck, als Generalquartiermeister Generalmajor von Feldmann, als Chef der Admiralität Kommandeur Michaelis beauftragt. Dem Chef der Seereschießung untersteht das Seeresamt, die Inspektion einschließlich der Inspektion für Waffen und Geräte. Dem Generalquartiermeister untersteht eine Zentralabteilung, das Verwaltungsamt, das bisherige Unterhaltungsamt, jetzt Waffenamt genannt, und die Rechtsabteilung. An der bisherigen Organisation der Admiralität hat sich bisher nichts geändert.

Die Sowjetpläne in Frankreich

Aus Paris wird gemeldet, daß aus den hochsignifizanten Papieren der Urheber des Streiks hervorgeht, daß sie nicht nur die Sowjetregierung in Frankreich vorbereiten wollen, sondern auch mit der russischen Sowjetregierung in Verbindung stehen. Alle Führer, die für sich schon hohe Stellen in der neuen Republik reserviert hatten, waren einflußreiche Männer in der roten Armee. Ihre Zahl beträgt etwa 40. Sie waren über ganz Frankreich ausgereizt und verfügten für die künftige Sowjetunion über besondere Truppen. Ihre Mitgliederzahl belief sich auf etwa 60.000. Man sagt, daß nach dem Streik, welcher jetzt gegen die Verhaftungen eingeleitet wird, die Regierung eine neue Vorlage einbringen wird, welche die künftigen Sowjetbeziehungen in Frankreich unmöglich machen soll. Es steht aber fest, daß eine übermäßige Mehrheit für eine solche Vorlage im Parlament vorhanden ist.
Aus Konstantinopel meldet der Vertreter der Schweiz, Telegramm-Information, die Bolschewisten haben sich durch die Vorbereitungen eines Weg gebahnt und stehen im Begriff, ganz Armenien zu unterwerfen. Sie liefern den Russen ansehend große Mengen von Waffen. Die Russen haben sich mit Emir Faisal in Verbindung gesetzt und hoffen auch, die ägyptischen Nationalisten für sich zu gewinnen. Es handelt sich um einen großartigen Plan der Bolschewisten und Bolschewisten zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Franzosen, Engländer und Griechen. In Bagdad, Athen, Sibirien und Japan ist die Lage für die Bolschewisten sehr günstig. In Bagdad ist man sich noch nicht über die Richtung der Bewegung im Osten im Klaren, doch es wird in Ägypten zu werden. Eine

Ärztetkampf für das Volk

Sanitätsrat Dr. Karl Grafmann.

Die Geschichte der deutschen Sozialversicherung ist plötzlich an einem kritischen Punkte angelangt. Überdeckt von anderen Tagesfragen, ist der Konflikt zwischen der deutschen Ärzteschaft, den Krankenkassen und dem allgemeinen Volksebewußtsein von der allgemeinen Meinung getrennt worden. Jetzt besteht die eingetretene Spannung über Nacht das Wägen der künftigen Krankenversicherung anzuheben, nachdem die künftigen Reichsversicherungen gescheitert sind. Kein äußerlich angelegtes, möchte der Widerstand der gesamten deutschen Ärzte gegen die Neuorganisation der gesamten deutschen Ärzte gegen die Neuorganisation des Krankenkassen und die weitgehende Ausdehnung der Versicherungspflicht und -Vereinfachung als ein Interesselampf des Standes erscheinen. — Aber seine Bedeutung liegt viel tiefer. Allerdings handelt es sich hier auch um ein kritisches Standesproblem, doch noch mehr um ein solches des Volkes selbst.

Politik und ärztliche Berufswahl sind sich weisensfremd. Darin lag seit der kaiserlichen Reichstag vom November 1881, dem Ausgangspunkt auch der späteren Krankenversicherung, der Konflikt zwischen deutschen Ärzten und Gesetzgeber und auch zwischen Ärzten, Kassen und Versicherter. Bekanntlich ist die Krankenversicherung vor uns mit einer überaus komplizierten, durchaus nicht mit europäischen Verhältnissen 1889 der kaiserlichen Krankenversicherung gegenüber getreten, sie für wenig mehr haltend als eine erweiterte Krankenversicherung. Aber Bismarcks soziale Gesetzgebung, zunächst die Krankenversicherung, hatte schon politischen Einschlag. Sollte sie neben ihrem unmittelbaren Zwecke doch auch der Befähigung der gesamten Bevölkerung dienen. Es war, das ist jetzt längst gelang, in ihrer Art eines der typischen Produkte der „fürsorglichen“ Tätigkeit des alten Obrigkeitsstaates. Für den Arzt vorber ohne jede politische Berücksichtigung, ergab sich aus der weitestgehenden Anteilnahme des Staates an der ärztlichen Berufswahl als ein Zeichen der nicht immer beliebten „Obrigkeiten“, als Organ von kontrollierenden Funktionen, sich einschleift zu haben. Der ärztliche Stand wurde von außen „politisiert“, bald aber durch die geringe Lebenswürdigkeit des Gesetzgebers für ihn genötigt, sich auch von innen heraus zu politisieren. Denn seine Lebensinteressen konnten nur auf diesem Wege einigermaßen wirksam verteidigt werden. Es kam die wirtschaftliche Not des Ärztestandes, die lange Zeit, wo es Krankenkassen gab, welche für den ärztlichen Beruf eines Kranken 20 Wfr. bezahlten. Größer aber wurde allmählich die ideale Not des Standes.

Es besteht, kurz gesagt, für die Ärzte in der immer drückender sich fühlenden Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Bedingungen der ärztlichen Berufswahl, von eigentlich reinen Angelegenheiten. Die ärztliche Tätigkeit, so sehr sie heute durch Technik erweitert ist, beruht ganz wesentlich auf dem persönlichen Verhältnis zwischen Arzt und Patient. Und dieses ist, seitdem der Gesetzgeber und politische Erwägungen sich der Paragrafierung ärztlicher Dienste bemächtigt haben, in immer steigendem Maße bedroht und außer Acht gelassen worden. Dies fühlen die Ärzte immer tiefer als eine Gefährdung der Grundlagen ihres Standes. Daher der Widerstand, der sich jetzt seitens der gesamten deutschen Ärzteschaft der übermächtigen Ausdehnung der Krankenversicherung gegenüber entgegenstellt. Genügt wird auch wegen der Beschäftigung der ärztlichen Dienstleistungen genügt, aber das noch wichtiger Ziel ist, zu verhindern, daß die im Gefolge der deutschen Krankenversicherung für das Volksganze und die Ärzte hervorgerufene Schäden nicht noch größere Ausdehnung gewinnen.

Ränge haben einschüßliche deutsche Ärzte auf diese über den Bewertern hingewiesen. Da aber eine Stimme aus dem Ausland wohl auch heute noch ein stärkeres Gewicht hat, so sei der jüngst erschienenen Urteile eines Amerikaners, Dr. Harris-Chicago, über diesen Punkt hier gedacht. Das demokratische Amerika nämlich weigert sich, z. B. gewisse, eine staatliche Zwangsgesundheitsversicherung einzuführen, eben auf Grund der schlimmen Erfahrungen, die Harris für Deutschland in folgenden Punkten formuliert. Wir haben demnach festgestellt, er den Umständen, daß der Gesundheit der Bevölkerung zugunsten der ärztlichen Diensten besteht und weiter der Staat zum Spruch, die Einführung für diese ärztlichen Dienste von sich aus zu bitten. Da das persönliche Element einen ganz besonders wichtigen Faktor in der Beschäftigung des Kranken spielt, kann es nur zum Nachteil des Kranken und des Arztes vernachlässigt werden. Ärztliche Dienste aber können nicht zum Nutzen und Wohlsein gemessen werden. Das persönliche Interesse, das ein gewöhnlicher Arzt für die Wohlthat seines Patienten hat, ob arm oder reich, ist etwas, was nicht getauft werden kann.“ Harris bewirkt daher für die Leistung ärztlicher Dienste jede geldmäßige Basis. Die Folgen der Einführung solcher Momente sind nach seiner Ansicht für Deutschland ein niedriger Stand der wissenschaftlichen Entwicklung des Ärztestandes, die Erfassung von Streiks der Ärzte, die seit 20 Jahren um eine ausgedehnte Entlohnung ihrer Tätigkeit kämpfen, eine massenhafte Beschäftigung des ein

